

P R O T O K O L L  
der 377. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 23. August 2016
Zeit	19.30 – 20.40 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Raaflaub Ruth
Mitglieder	Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Brügger Yong, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Damke Andreas, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Jordi Kevin, Kempf Stefan, Kneubühler Peter, Lauper Reto, Legler Bettina, Mäder Renate, Mallepell Elisabeth, Müller Frei Lisa, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thut Walter, von Gunten Adrian, Waber Rudolf, Wälti Mathias, Wegmüller Beat, Weibel Raphael
Stimmenzählende	Brunner Joe, Reimers Markus
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident, Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Mävers Sebastian, Leiter Hochbau + Planung (Traktandum 3) Marti Thomas, Leiter Umwelt + Verkehr (Traktandum 9 A)
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Markus, Humm Martin, Kästli Marc GR: Pedinelli Stotz Daniela
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

## Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 2016	557
2	Sitzungstermine 2017	557
3	Arealentwicklung "Lischenmoos und Bahnhofplatz / Süd" als Kernbaustein der Zentrumsentwicklung Gümligen	558
4	Begegnungszone Bahnhofstrasse Gümligen; Verpflichtungskredit (Rückzug)	562
5	Postulat forum betr. Mitwirkung der Bevölkerung bei der Neugestaltung "Bahnhof Gümligen"	562
6	Interpellation Racine (SP) betr. Begegnungszone Zentrum Moos: Traum oder Wirklichkeit	563
7	Interpellation Kneubühler (FDP) betr. Aufhebung von Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen	563
8	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	564
9	Neue parlamentarische Vorstösse	565
9 A	Dringliche Motion FDP/jf – Fraktion: Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben	565

Die Vorsitzende eröffnet die 377. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest. Sie begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörer im Saal. Seitens der Verwaltung begrüsse sie Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, sowie Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, welche bei den Traktanden 3 bzw. 9 A zur Verfügung stehen würden.

### **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

#### **1 Protokoll der Sitzung vom 28. Juni 2016**

##### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **2 Sitzungstermine 2017**

Es erfolgen keine Wortmeldungen aus dem Rat.

##### Beschluss

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

24. Januar	20. Juni
21. Februar	22. August
21. März	19. September
25. April	24. Oktober
23. Mai	21. November

### 3 **Arealentwicklung "Lischenmoos und Bahnhofplatz / Süd" als Kernbaustein der Zentrumsentwicklung Gümligen**

Die Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen und orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Sebastian Mävers, Leiter Hochbau + Planung, zur Verfügung.

Beat Wegmüller führt aus, die GPK danke der Verwaltung für die transparente Botschaft und die ausführliche und gute Dokumentation zu diesem Geschäft. Die GPK erachte es als sinnvoll, zweckmässig und zukunftsorientiert, dass über das grössere Entwicklungsgebiet Lischenmoos eine gute und konstruktive Planung zur Arealentwicklung erfolge. Beim Kredit, den der Gemeinderat beantrage, handle es sich um CHF 825'000.00. Dies sei ein stolzer Betrag, "nur" für eine Planung. Betrachte man aber die Grösse der Arealentwicklung und die Komplexität der Aufgabe, sei die Höhe des Kredits berechtigt. Zu früheren Zeiten hätten Leute noch auf "Lischematratzli" geschlafen. Er hoffe, dass das Lischenmoos aus dem Schlaf erwache und in eine neue Zukunft aufbreche. Die GPK unterstütze einstimmig den Antrag des Gemeinderats und bitte den Rat um Zustimmung.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, zur Antragsbegründung – und was man mit dem beantragten Kredit von CHF 825'000.00 machen wolle – verweise er auf die ausführlichen Unterlagen und Dokumentationen und auch auf das Votum des GPK-Sprechers. Er wolle an dieser Stelle auf fünf Hauptargumente hinweisen, die den Gemeinderat veranlasst hätten, dem Rat diesen doch nicht unbeträchtlichen Planungskredit zu beantragen. Denn es gehe um nicht weniger als ein Paradebeispiel für die Siedlungsentwicklung nach innen, die ja allseits begrüsst werde.

- Argument 1

Man wolle Verantwortung übernehmen und man wolle vorangehen, aber nur, soweit dies notwendig sei. Dies heisse, dass die privaten Grundeigentümer das Heft des Handelns übernehmen würden,

- wenn die Voraussetzungen für Teilentwicklungen geschaffen seien (ZPP, koordinierender Masterplan)
- wenn eine Entwicklungsdynamik zur Realisierung erkennbar sei und
- wenn die öffentlichen Interessen (Nutzungsprogramm, Nachhaltigkeit, räumliche Vernetzung, Beiträge Ortsbild, abgestimmte Infrastruktur) sichergestellt seien.

Die meisten dieser Themen würden dabei nicht im Widerspruch zu privaten Interessen stehen, sondern sie müssten nur angestimmt und fair umgesetzt werden.

- Argument 2

Man wolle das Kulturland konsequent schützen. Der Entwicklungsbedarf sei erhärtet und breit abgestützt. Viele der Anwesenden hätten ja beim Räumlichen Leitbild und beim Gegenvorschlag zur Initiative "grünBLEIBTgrün" mitgemacht, wo die Grundlagen eigentlich enthalten seien. Wer die Landschaft schützen wolle, dürfe nicht einfach Siedlungsgrenzen festlegen und dann die Hände in den Schooss legen, nein, er müsse die Energien und Mittel in die richtige Richtung lenken und entsprechende Entwicklungen auch anstossen.

- Argument 3  
"Wer ernten will, muss auch säen". Ein gemeinsames Überbauungskonzept schaffe einen Mehrwert für die Öffentlichkeit, aber auch für die Grundeigentümer. Wer neue Nachbarn akzeptieren und im Zentrum zusammenrücken wolle, müsse auch den Nutzen von einer solchen Lösung sehen können, sonst fehle die Akzeptanz an der Urne. Das Qualitätsverfahren sei nicht nur "l'art pour l'art" (Sebastian Mävers liebe französische Ausdrücke, weshalb er immer mehr solche einbaue), sondern schaffe echte Werte und sei der Rahmen des Interessensaushandelns unter den Beteiligten bis hin zu einer konsolidierten und breit getragenen Lösung; das Mass aller Dinge.
- Argument 4  
Nachhaltigkeit: Arealentwicklungen seien lukrativ für Grundeigentümer. Aber an bestimmten Lagen und ab bestimmten Dimensionen bestehe auch ein grosses öffentliches Interesse, denn unsere Ressourcen, unser Lebensumfeld und damit auch unsere Identität würden damit massiv beeinflusst. Einem durchaus berechtigten Gewinnstreben müssten diese öffentlichen Anliegen gegenübergestellt werden können und sie müssten innerhalb einer tragfähigen Gesamtlösung eine angemessene Berücksichtigung finden.
- Argument 5  
"Keine tragischen Opfer": Grundeigentümer, Baurechtsnehmer und Betriebe sollten nicht von der Entwicklung "überfahren" werden. Sie sollten vielmehr die Chance bekommen, Teil dieser Entwicklung zu werden. Dies brauche ein gewisses Mass an Ergebnisoffenheit und eine echte Teilnahme am Prozess und bedinge nicht zuletzt auch Überzeugungsarbeit und Zeit. Es müssten Möglichkeiten geschaffen werden, Investitionen zu amortisieren und Betriebe und Arbeitsplätze am Ort zu erhalten oder zu verlagern.

Der Gemeinderat ersuche den Rat daher um eine überzeugende Zustimmung zum vorgeschlagenen Weg und beantrage die Genehmigung des Kredits.

Eintreten wird nicht bestritten.

Andrea Corti bedankt sich namens der FDP/jf-Fraktion für die ausführliche Botschaft. Das Gebiet Lischenmoos - Bahnhofplatz Süd weise ein vielfältiges Nutzungsspektrum auf. Zum Teil bestehe eine hohe Dichte, zum Teil sei das Gebiet untergenutzt und ein beträchtlicher Teil der Gebäude stamme aus den 70er Jahren und weise Erneuerungsbedarf auf. Das Projekt Lischenmoos - Bahnhofplatz Süd stelle die grosse Möglichkeit dar, ein bestehendes Siedlungsgebiet weiterzuentwickeln. Weiterentwickeln heisse, in den bestehenden Bauzonen nach innen zu verdichten zu einer Mischzone mit Wohn-, Arbeits- und Gewerberaum. Im Räumlichen Leitbild, welches anfangs Jahr genehmigt worden sei, sei die Entwicklung auch in diesem Gebiet vorgesehen. Da es in diesem Gebiet verschiedene Eigentümer habe, mache es Sinn, dass die Gemeinde das Projekt zum Laufen bringe und soweit nötig begleite. So wie die Projektabwicklung vorgesehen sei, würden die beteiligten Grundeigentümer und Baurechtsnehmer motiviert, mitzumachen und die betroffene Bevölkerung werde ebenfalls eingebunden. Der Verpflichtungskredit erscheine zwar auf den ersten Blick recht hoch. Die Auslagen seien aber gerechtfertigt, weil es nur mit der vorgesehenen Projektabwicklung überhaupt möglich sei, für die ganze Gemeinde eine sinnvolle Weiterentwicklung des Siedlungsgebietes Lischenmoos - Bahnhofplatz Süd voranzubringen. Zudem werde unsere Gemeinde bei der Projektumsetzung – sofern sie zustande komme – voraussichtlich noch einen beachtlichen Mehrwertausgleich abschöpfen können. Zusammenfassend beantrage die FDP/jf-Fraktion deshalb, den Beschluss zu fassen, so wie er in der Botschaft vorgeschlagen werde.

Gabriele Siegenthaler Muinde führt namens der forum-Fraktion aus, das Lischenmoos sei sicher einer der unbestrittensten Punkte im Räumlichen Leitbild gewesen.

Das forum begrüsse deshalb, dass das längerfristig geplante Projekt jetzt an die Hand genommen werde, habe aber auch zwei, drei Bemerkungen zur Vorlage anzubringen: Einerseits sei die den Parlamentsmitgliedern zur Verfügung gestellte Präsentation ohne Kommentare der Metron relativ schwierig lesbar. Das forum habe auch nicht ganz verstanden, wieso auf den Plänen das "Zipfeli" im Melchenbühl – "ännet" der Haltestelle – enthalten sei, da dieses eigentlich nicht zum Lischenmoos gehöre. Die Ausführungen in der Vorlage zur Kommunikation seien zudem relativ dürftig. Es habe sie gefreut von Thomas Hanke zu hören, dass der Bezug zur Bevölkerung und zu den Grundeigentümern ein wesentlicher Aspekt dieses Geschäfts sei. Dies komme in den schriftlichen Unterlagen nicht sehr gut zum Ausdruck. Es sei aber aus Sicht des forums absolut zentral, dass man sowohl die Bevölkerung als auch die Grundeigentümer von Betroffenen zu Beteiligten mache, damit das Geschäft in der Volksabstimmung angenommen werde und dann zügig an die Hand genommen werden könne. Bezüglich Kosten: Eine gute Planung sei natürlich nicht günstig, dies sei klar. Das forum gehe davon aus, dass der Gemeinderat die Kosten ins Budget eingepasst habe, insbesondere angesichts der doch etwas angespannten finanziellen Lage, die sich für die nächsten Jahre abzeichne.

Sie habe noch eine Bemerkung zum Zeithorizont: Für die Planung werde zwar von einem relativ überblickbaren Zeitrahmen gesprochen. Die Umsetzung und Realisierung des Geschäfts werde aber gut und gern 10 bis 15 oder noch mehr Jahre in Anspruch nehmen und das forum würde es daher als wichtig erachten, dass man sich bei der Planung überlege, wie man allenfalls eine Anpassung des Masterplans bewerkstelligen könnte, denn es sei ein zu weiter Zeithorizont, über den man nachdenke. Dass man alles auf einmal andenke, sei sicher richtig, aber Bedürfnisse, Ästhetik und Anforderungen an Gebäude würden sich in Zukunft weiterhin wandeln und es würde sinnvoll erscheinen, dass man dies bei einem derart langfristigen Projekt von Anfang an mitüberlege, damit man nicht am Schluss über ein Quartier verfüge, das quasi einerseits ein "Einheitsbrei" und andererseits bereits antiquiert in seiner Planung und von der Realität überholt worden sei.

Ein letzter Punkt betreffe die Auswahl der drei Teams. Es erscheine dem forum sehr wichtig, dass es sich um drei sehr unterschiedliche Teams handle, die zusammenarbeiten würden, damit wirklich eine grosse Bandbreite an Meinungen und Ideen abgedeckt werde. Aus den Unterlagen gehe nicht klar hervor, wie dies bewerkstelligt werden solle. Es werde gewünscht, dass wirklich unterschiedliche Ideen eingebracht würden und nicht nur Leute mit ähnlichen Zielvorstellungen mitarbeiten würden, damit mit möglichst vielfältigen Ideen ein gutes Resultat erzielt werden könne. Das forum bedanke sich für die Vorlage und werde sie unterstützen.

Christian Spycher erklärt, die SVP-Fraktion lehne die Vorlage mehrheitlich ab, und zwar aus finanziellen Gründen. Die zugrunde liegende Planungsidee gehe in die richtige Richtung. Es erscheine der SVP jedoch unverantwortlich, zum jetzigen Zeitpunkt dafür blind eine so grosse Summe aufzuwerfen. Selbst der Planungshorizont für diese Massnahme betrage nach Einschätzung der SVP mehr als ein Jahrzehnt und die Umsetzung liege in noch viel weiterer Ferne. Damit sei auch die Wahrscheinlichkeit gross, dass unsere Kinder und Enkel sich dereinst an etwas freuen würden, was sich von unserer jetzigen Planung beträchtlich unterscheide, wie auch die Vorrednerin erwähnt habe. Allein für einen "Anstoss" im aktuellen Umfeld von strategischer Aufwandüberprüfung gegen CHF 1 Mio. aufzuwerfen, sei aus Sicht der SVP unverantwortlich; ein realer Gegenwert stehe dieser Ausgabe nicht gegenüber. Eine dereinstige Mehrwertabschöpfung sei nicht der Gegenwert für diese Unkosten, den Mehrwert werde die Gemeinde bei einer allfälligen Aufzoning auch ohne solch teure Planspielereien abschöpfen können. Dass die baurechtlichen Möglichkeiten in diesem Perimeter erweitert würden – konkret: Anteil Wohnnutzung vorsehen bzw. erhöhen, Aufstockung –, so dass die Grundeigentümer in diese Richtung planen und

dann auch bauen könnten, werde von der SVP unterstützt. Auch einen Wettbewerb oder eine vergleichbare Testplanung zu einem Bruchteil der Kosten könnte die SVP mittragen. Das vorgelegte Vorhaben sei aber sinnbildlich gesprochen nicht einmal die Taube auf dem Dach, sondern wir würden mit dieser Vorlage für einen sehr teuren Preis lediglich das goldgerahmte Bild dieser besagten Taube erhalten, und das in einer Zeit, in welcher wir bei unserer Ausgabenüberprüfung bereits an der Schmerzgrenze vieler Einwohner angekommen seien. Entsprechend lehne die SVP-Fraktion den Antrag ab.

Beat Schneider führt aus, er könne es gleich vorweg nehmen: Die SP-Fraktion stehe voll und ganz hinter dem Antrag für die Arealentwicklung Lischenmoos. Wenn man es sich überlege, sei das Ortsbild, wie es sich heute präsentiere, eigentlich eine Folge von mehreren Entwicklungsschritten aus der Vergangenheit. Diese würden sich häufig aus unkoordinierten Einzelschritten ergeben, die Partialinteressen verfolgen würden; seltener als gezielte, geplante Entwicklungen im Rahmen eines Gesamtkonzepts. Letzteres würde die SP natürlich unterstützen und bevorzugen. Wenn er in seiner Parlamentstätigkeit etwas gelernt habe, so sei dies, dass die Politik – und insbesondere die Ortsplanung – einen enorm langen Atem, viel Zeit, viel Geduld, viel Kraft und Durchsetzungsvermögen brauche. Um dies zu untermauern möchte er kurz zurückblicken. Vor ca. 6 Jahren habe er hier im Parlament ein Postulat "vorausschauende Gesamtplanung in der Arbeitszone Lischenmoos" eingereicht. Der Gemeinderat sei aufgefordert worden, aufzuzeigen, wie er in der Arbeitszone Lischenmoos dazu beitragen könnte, dass die Interessen der beteiligten Grundeigentümer und jene der Allgemeinheit bestmöglich und zukunftsgerichtet in einer Gesamtplanung gebündelt werden könnten. Das Postulat sei durch das Parlament im März 2011 überwiesen worden und im März 2012 habe der Gemeinderat einen ersten Zwischenbericht vorgelegt, in welchem er ausgeführt habe, im Rahmen der ZPP wolle er Einfluss nehmen und Mitsprache sichern. Im Weiteren sei das Lischenmoos im Räumlichen Leitbild als Gebiet mit Entwicklungspotenzial dargestellt worden. Mit dem vorliegenden Geschäft mache der Gemeinderat den nächsten Schritt und wolle mit fortschrittlichen Methoden eine zukunftsgerichtete Arealentwicklung im Lischenmoos vorantreiben. Dies, wie zu hören gewesen sei, mit Testplanungsverfahren, Einbezug von Grundeigentümern und der Bevölkerung; eigentlich mustergültig. Die SP-Fraktion unterstütze die Erarbeitung eines breit abgestützten Masterplans und sei der Meinung, dass dafür die nötigen Mittel zu sprechen seien, so dass unsere Gemeinde in Zukunft mit den beschränkt vorhandenen Ressourcen eine nachhaltige Lösung anstrebe. Seine Vision sei, dass man in 10 bis 20 Jahren im Lischenmoos ein optimal genutztes Zentrumsgebiet habe, mit Wohnungen und Arbeitsplätzen gemischt. In diesem Sinn bitte er den Rat, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beat Wegmüller verzichtet als GPK-Sprecher auf ein Schlusswort.

Thomas Hanke erklärt, er habe noch zwei Bemerkungen anzubringen:

- Zur Partizipation der Öffentlichkeit:  
Die Partizipation der Grundeigentümer sei fester Bestandteil dieses Projekts. Mit der weiteren Kommunikation werde versucht, die breite Öffentlichkeit abzuholen.
- Zu den Jahresbedenken der SVP:  
Man nehme für sich in Anspruch, dass eine robuste Masterplanung vorgelegt werde und bei dieser Dimension des Projekts sei ein Planen über Generationen selbstverständlich. Ihm würden diesbezüglich zwei Projekte in den Sinn kommen: In Bern-Brünnen habe es 25 Jahre (bis jetzt) gedauert, bis der Masterplan vorgelegen habe. Bei der Spitalplanung gehe man ebenfalls von 25 Jahren bis zur

Realisierung aus. Wenn bei uns also die nächste Generation profitieren solle, so sei sichergestellt, dass es sich vorliegend um den richtigen Weg handle.

Beschluss (31 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung)

Für die Arealentwicklung Lischenmoos wird ein Verpflichtungskredit von CHF 825'000.00 inkl. MWST und 10 % Reserve bewilligt.

#### **4 Begegnungszone Bahnhofstrasse Gümligen; Verpflichtungskredit**

Das Geschäft ist durch den Gemeinderat zurückgezogen worden.

#### **5 Postulat forum betr. Mitwirkung der Bevölkerung bei der Neugestaltung "Bahnhof Gümligen"**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, ergänzend zur vorliegenden Antwort des Gemeinderates mache er gerne noch auf folgende Punkte aufmerksam:

- Die räumlichen Verhältnisse in diesem Perimeter seien eng, sehr eng. Dies resultiere aus den bestehenden Rahmenbedingungen der beiden Bahnunternehmungen.
- Hauptnutzer würden wie bisher die Bahnen sein. Diese hätten bei einer Neugestaltung immer Vorrang, dies heisse, dass ihre Bedürfnisse primär abgedeckt werden müssten, auch teilweise zu Lasten von Vorstellungen und Ideen der übrigen Nutzer.
- Die Anzahl Grundeigentümer unmittelbar innerhalb dieses Perimeters führe nicht zu einer Vereinfachung. Es dürfe aber hier festgehalten werden, dass sich sowohl Swisscanto wie auch die Frick AG – als Besitzerin des Mattenhofgebäudes resp. des ex-Teigwarengebäudes Wenger – sehr für eine einvernehmliche Lösung stark gemacht hätten. Dies auch vor dem Hintergrund, dass beide Eigentümer nicht unwesentliche Beiträge an die Erstellung der Begegnungszone leisten würden.
- Die SBB resp. der RBS seien Player mit hohen Eigeninteressen. Mit ihnen sei es nicht einfach, einvernehmliche Lösungen zu erzielen, die auch noch finanzierbar seien. Mit der nun vorliegenden Lösung – über den Verpflichtungskredit werde der Rat in der September-Sitzung zu beschliessen haben – könnten fast alle Ansprüche und Vorstellungen der Gemeinde planerisch abgedeckt werden.
- Der Miteinbezug der Bevölkerung in den Planungsprozess sei auf Grund der speziellen Besitzerverhältnisse aber auch der komplexen Bedingungen seitens der Bahnunternehmen kaum möglich. Im Rahmen der bekannten Bedürfnisse seitens der Gemeinde – sprich Bevölkerung – sei ein Optimum für ihre Anliegen herausgeholt worden.

Soweit seine zusätzlichen Ausführungen. Er bitte den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen.

Jürg Stettler (forum) führt aus, der Prozess sei ja schon relativ weit fortgeschritten und nach seinem Wissensstand sei die Bevölkerung bis jetzt nicht informiert worden. Das Vorgehen sei nicht sehr vertrauenserweckend und könnte den einen oder anderen Leserbrief zur Folge haben, was unnötig sei, wie man dies in jüngster Vergangenheit gerade erlebt habe. Das Vorgehen des Gemeinderats erachte das forum nicht als vertrauenserweckend und von der Kommunikation her als nicht sehr glücklich. Er glaube auch nicht, dass in der heutigen Zeit die Quartiervereine miteinbezogen werden könnten und damit habe es sich dann. Es handle sich um eine

Zentrumszone, welche die gesamte Bevölkerung interessiere und von der Kommunikation her wäre seitens des Gemeinderats sicher mehr möglich gewesen.

Da der Prozess aber schon relativ weit fortgeschritten sei, ziehe die forum-Fraktion ihr Postulat zurück.

**6 Interpellation Racine (SP) betr. Begegnungszone Zentrum Moos: Traum oder Wirklichkeit**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Raphael Racine (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für dessen Antwort. Aus der Antwort habe er persönlich gelernt, dass offenbar eine "Begegnungszone" ein juristischer Begriff aus dem Strassenverkehr sei und womöglich falsche Hoffnungen bei der Bevölkerung wecke. Er sehe für die Zukunft zwei Erkenntnisse daraus, die es zu beachten gelte: Zum einen könnte der Gemeinderat bei der Erneuerung der Baurechtsverträge im Zentrum Moos aushandeln, dass Öffentlichkeitsarbeit für Parteien ermöglicht werde. Zum andern müsste der Gemeinderat bei der Entstehung der nächsten Begegnungszone, vielleicht im Lischenmoos, als Grundeigentümer von Beginn weg die Möglichkeit schaffen, dass politische Parteien Öffentlichkeitsarbeit leisten könnten. Die andern Parteien müssten keine Angst haben, die SP werde in den nächsten zwei Monaten nicht die 2, 3 "hotspots" im Zentrum Moos reserviert haben. Das "learning" der SP sei sowieso, dass sie mobil sein werde und sehr schnell verschwinden könnte, wenn sie in der Begegnungszone oder der Grauzone unerwünscht wäre.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

**7 Interpellation Kneubühler (FDP) betr. Aufhebung von Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen**

Die Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Peter Kneubühler (FDP) bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen. Er möchte festhalten, dass er nicht mit allen Antworten einverstanden und somit auch nicht ganz davon befriedigt sei.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

## 8 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

### Zukunft Gemeindehaus

Thomas Hanke erklärt, er wolle kurz über die Zukunft des Gemeindehauses informieren. Sebastian Mävers, der ja nun Französisch lerne, verwende den Arbeitstitel "Avenir Hôtel de Ville"; er finde das sensationell, wenn man inskünftig von der Gemeindeverwaltung vom "Hôtel de Ville de Muri près Berne" spreche! Der Gemeinderat habe dazu nach intensiven Vorbereitungen und aufgrund fundierter Unterlagen, Machbarkeitsstudien und Renditeberechnungen am Dienstag, 16. August 2016, einen Workshop durchgeführt. Die dortigen Erkenntnisse könnten wie folgt zusammengefasst werden: Der Gemeinderat habe sich in einem Grundsatzentscheid zum heutigen / bisherigen Verwaltungsstandort Muri bekannt. Daraus abgeleitet habe er sich entschieden, das Gemeindehaus zu sanieren und zu erweitern. Gleichzeitig sollten der Aussenraum und der Vorplatz miteinbezogen werden. Dies bedinge eine Neuausschreibung der Projektierung mit externer Unterstützung. Gleichzeitig und in Abhängigkeit zu dieser Projektierung solle eine Zonenplanänderung am Standort Thunstrasse 74 erfolgen. Im Weiteren habe sich der Gemeinderat nach erfolgter Standortwahl mit dem weiteren Vorgehen für den Standort Füllerichstrasse 55/57 befasst und entschieden, auch dort eine ZPP-Änderung in Angriff zu nehmen. Die Bauverwaltung sei mit der Vorbereitung dieser Geschäfte beauftragt worden, die – wegen der Kreditkompetenz oder da es sich um ein Planerlassverfahren handle – ja die Zustimmung des Parlaments wie auch des Stimmvolkes benötigen würden. Es handle sich um ein gewaltiges Projekt, das hier angegangen werde.

### Immobilienleitbild und Immobilienstrategie

Thomas Hanke informiert, der Gemeinderat habe ebenfalls nach intensiven Beratungen – wie wenn er sonst nichts zu tun hätte – das Immobilienleitbild und die Immobilienstrategie verabschiedet. Sobald das Dokument drucktrocken sei, werde das Parlament als erstes bedient. Damit bestehe für Gabriele Siegenthaler Muinde ein weiteres Instrument, mit dem sie den Leistungsausweis des Gemeinderats als Oberaufsichtsbehörde kontrollieren und nachverfolgen könne.

### Gemeindeabstimmung vom 25. September 2016

Thomas Hanke teilt weiter mit, heute sei die Abstimmungsbotschaft für den 25. September 2016 für die vier Planungsgeschäfts verschickt worden. Er bitte die Ratsmitglieder, falls sie Ende September in die Ferien verreisen würden, vorher abzustimmen. Er hätte auch hier gerne eine stolze Zustimmung zu den nächsten vier Planerlassverfahren in der Gemeinde.

### "Kunst zum Anfassen" im Park der Villa Mettlen

Patricia Gubler macht darauf aufmerksam, dass am nächsten Freitag, 26. August 2016, 17.00 Uhr, in der Villa Mettlen die nächste Skulpturen-Ausstellung mit dem Titel "Kunst zum Anfassen" eröffnet werde. Es seien alle herzlich dazu eingeladen.

### Notunterkunft Siloah

Christian Staub informiert, in der NUK Siloah hätten in den letzten Monaten jeweils zwischen 80 und 100 Personen gelebt. Zu Beginn, also bei der Eröffnung oder kurz danach, sei die NUK immer voll belegt gewesen. Es sei ruhig, dies dank geordnetem Betrieb. Die Führung seitens der Leitung der Heilarmee sei sehr "sec" und der Ablauf sei stets ordentlich. Bis jetzt seien der bestehenden Begleitgruppe keine speziellen Ereignisse mitgeteilt worden. Man sei dankbar und froh, dass der Ablauf in der NUK auf diese Art und Weise erfolge. Die Notunterkunft werde gemäss Vertrag noch bis Sommer 2017 bestehen bleiben. Zu diesem Zeitpunkt werde man in der Umgebung schauen müssen, wer allenfalls Tür und Tor für die bei uns beheimateten Asylanten öffnen könne. Es gebe verschiedene Gemeinden, die noch Potenzial hätten.

## 9 Neue parlamentarische Vorstösse

Die Vorsitzende orientiert, abgesehen von der nachfolgenden dringlichen Motion würden keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

### 9 A Dringliche Motion FDP/jf – Fraktion: Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben

Die Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen und orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, zur Verfügung.

Die Vorsitzende erklärt weiter, gemäss Art. 30 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats könne der Rat Motionen und Postulate nach Anhörung des Gemeinderats dringlich erklären und sofort behandeln. Das Vorgehen sei also zweistufig: Vorab gehe es um die Frage der Dringlichkeitserklärung und dazu erteile sie vorab den Motionären und anschliessend dem Gemeinderat das Wort. Anschliessend würden die Debatten und die Abstimmung über die Frage der Dringlichkeitserklärung folgen. Wenn die Motion für dringlich erklärt werde, werde sie anschliessend direkt behandelt. Andernfalls werde der Vorstoss wie die anderen neuen Vorstösse entgegengenommen und später behandelt. Da der Wortlaut jedem Ratsmitglied schriftlich vorliege, werde auf die Verlesung durch den Vizepräsidenten verzichtet. Damit erteile sie das Wort den Motionären, verbunden mit dem Aufruf, sich vorab wirklich nur zur Dringlichkeit zu äussern und nicht inhaltlich.

Daniel Arn (FDP) führt aus, wenn man von den Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen spreche, sei die FDP/jf-Fraktion der Überzeugung, dass man zügig etwas unternehmen und dies nicht auf die lange Bank schieben sollte. Daher werde die Dringlichkeitserklärung beantragt.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, er verweise auf die schriftlich vorliegende Stellungnahme des Gemeinderats bezüglich Dringlichkeit. Dort könne nachgelesen werden, weshalb der Gemeinderat beantrage, die Motion nicht dringlich zu erklären.

Beat Schmitter führt namens der FDP-Fraktion aus, er habe die Stellungnahme des Gemeinderats gelesen; diese sei rechtlich absolut korrekt. Werde man die Lokal-Nachrichten vom kommenden Donnerstag lesen – oder wenn man die LoNa der letzten 14 Tage lese – stelle man fest, dass die Bevölkerung weder schöne Dokumente, noch Kommissionen, noch Beratungen, sondern Resultate wolle, und zwar jetzt, und nicht irgendwann später. Dies sei die Überlegung gewesen, dass die FDP-Fraktion gesagt habe, man müsse nun vorwärts machen und könne nicht zuwarten, bis es Weihnachten oder Neujahr werde. Deshalb habe sie die Dringlichkeit verlangt und wolle auch daran festhalten.

Das Wort wird zur Frage der Dringlichkeit nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird von Christian Staub nicht verlangt.

Beschluss (26 Ja / 7 Nein / 4 Enthaltung)

Die Motion FDP/jf – Fraktion: Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben wird dringlich erklärt.

Die Vorsitzende führt aus, nachdem der Dringlichkeit zugestimmt worden sei, schreite man nun direkt zur Behandlung.

Raphael Racine (SP) beantragt ein Timeout.

Die Vorsitzende verfügt einen Sitzungsunterbruch von 7 Minuten.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, die Antwort des Gemeinderats liege schriftlich vor; sie sei dem Rat zusammen mit weiteren Unterlagen, die dem Gemeinderat zur Entscheidungsfindung gedient hätten, vorgelegt worden. Mit einigem zeitlichen Aufwand in den letzten 3 Tagen hätten der Gemeinderat und die Verwaltung versucht, auf die in Aussicht gestellte dringliche Motion adäquate Antworten zu liefern. Zusätzlich zu den schriftlich vorliegenden Ausführungen wolle er Folgendes festhalten:

- Weder die Verwaltung noch der Gemeinderat wollten mit all den geplanten und teilweise umgesetzten Massnahmen Menschenleben gefährden. Zusammen mit Fachleuten der Kantonspolizei und externen Verkehrsplanern seien die Orte bestimmt und die erforderlichen Massnahmen definiert worden.
  - Es sei eine falsche Sicherheit – wie dies auch in der gemeinderätlichen Antwort stehe –, wenn die Zufussgehenden sich darauf verlassen würden, der Fussgängerstreifen biete absolute und maximale Sicherheit. Ihm gegenüber sei verschiedentlich geäussert worden, in den Tempo 30-Zonen sei nur der Fussgängerstreifen sicher, alles andere nicht. Dem sei absolut nicht so und dies werde leider immer wieder bestätigt durch Unfälle auf den Fussgängerstreifen. Er verweise dazu auch auf die jährliche Statistik der Kantonspolizei.
  - Die Lösungen seien nicht einfach aus der Hüfte geschossen gekommen, sondern sie seien abgestimmt auf die diversen Vorgaben, auch rechtlicher Natur. Diesbezüglich bestehe ein Problem: Wenn ein Automobilist auf einem Fussgängerstreifen, der durch die öffentliche Hand aufgemalt worden sei, jemanden überfahre, könnte er geltend machen, dass sich hier gar kein Fussgängerstreifen befinden dürfte. Wer nun in diesem Fall zur Kasse gebeten oder an den Pranger gestellt werde? Wenn er Anwalt wäre, wüsste er wer.
  - Da die Vorgaben nicht in Stein gemeisselt seien, sondern auch Abweichungen zulassen würden, sei es seit Beginn der Planung eine Ermessensfrage, wo und wo nicht Fussgängerstreifen entfernt, nicht entfernt oder neu aufgemalt würden. An gewissen Orten seien noch zusätzliche aufgemalt worden, was auch Kosten nach sich gezogen habe; man müsse dann einmal darüber diskutieren, wer diese übernehme.
  - Die Motionäre würden in Abs. 3 richtigerweise auf diesen Ermessensspielraum verweisen. Seine Frage laute nun: "Sind es 50, 100, 200 oder mehr Meter ab der Schule oder dem Heim, wo in der 30er-Zone ein Fussgängerstreifen aufgemalt werden kann, darf oder soll?". Genau hier würden sich die Geister scheiden, was am Beispiel des Fussgängerstreifens Alpenstrasse / Tannenweg deutlich geworden sei.
  - Die Bereitschaft des Gemeinderats, nach einer gewissen Zeit die Massnahmen auf ihre Wirkung hin zu überprüfen und mit den Quartiervertretungen anlässlich der ordentlichen Zusammenkunft am 15. November 2016 zu besprechen, liege vor. Diese Zeit von knapp 3 Monaten sollte gewährt werden, um mit den Quartiervertretungen die Resultate zu besprechen und anschliessend dem Gemeinderat allfällige Massnahmen zu beantragen. Dieses Vorgehen wäre verhältnismässig, zielgerichtet und schliesse die betroffenen Leiste voll und ganz mit ein.
- Er bitte den Rat, den gemeinderätlichen Anträgen zu folgen und
- entweder die Motion in ein Postulat umzuwandeln, oder
  - die Motion abzulehnen.

Daniel Arn führt aus, die FDP/jf-Fraktion halte an der Motion fest, und zwar nicht einfach, da sie stur sei oder den Gemeinderat "beüben" wolle, wie dies zu hören gewesen sei; dies sei sicher nicht das Ziel. In der Fraktion sei das Gefühl aufgenommen, dass ein gewisser Unmut in der Bevölkerung vorhanden sei, wie dies auch den Lokal-Nachrichten zu entnehmen gewesen sei. Weshalb würden nun plötzlich Fussgängerstreifen, die schon lange vorhanden gewesen seien, entfernt? Welche zwingende Notwendigkeit dafür bestehe? Im Weiteren sei es ja so, dass es primär um die Umgebungen der Heime und der Schulen, auch der Musikschule, gehe. Weshalb müssten dort bestehende Fussgängerstreifen entfernt werden? Man wisse auch nicht, was weiter geplant sei. Die FDP/jf-Fraktion sei der Überzeugung, dass man bestehende Fussgängerstreifen – dort wo eine gewisse Routine vorhanden sei – belassen sollte; der Ermessensspielraum könne auf die eine oder auf die andere Seite ausgelegt werden. Zum Schulbeginn sei gerade wieder der Aufruf zu hören, die Kinder sollten dann gehen, wenn das Rad stehe und sie sollten den Fussgängerstreifen benutzen. Wie man wohl einem Kind beibringen wolle, es befinde sich nun in einer Tempo 30-Zone und sollte nach seinem Ermessen die Strasse überqueren, genau dort, wo es das Gefühl habe, dass es der sicherste Weg sei? Ob dies alle beurteilen könnten? Wir könnten dies mit grösster Wahrscheinlichkeit, aber vermutlich nicht alle. Die FDP/jf-Fraktion halte deshalb an ihrer Motion fest und zwar so, wie sie vorliegend definiert sei. Dies nicht deshalb, weil sie den Gemeinderat "beüben" wolle, sondern weil sie das Gefühl habe, damit würde auch eine gewisse Ruhe einkehren.

Yong Brügger führt namens der SP-Fraktion aus, die FDP sei in Muri eine dominante Partei, sowohl im Kleinen Gemeinderat als auch im Grossen Gemeinderat. Aber die heutige Situation habe er in seinen ca. 10 Jahren als Parlamentarier noch nie erlebt. Sie bedeute, dass es innerhalb der FDP ebenfalls eine Demokratie gebe. Die SP freue sich darüber, dies sei gut für die Gemeinde und der Grund dafür, dass die SP-Fraktion diese Motion mehrheitlich unterstütze.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) erkundigt sich, wie viele Fussgängerstreifen bei einer Überweisung der Motion ganz konkret betroffen wären. Ob es deren 10 oder 2 seien?

Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, erklärt, der Motionstext laute: "...Schulen und Heimen ... und bei kritischen Schulwegquerungen die bisher entfernten Fussgängerstreifen...". Betroffen wären demzufolge, so wie er dies interpretiere, die Fussgängerstreifen Pourtalèsstrasse/Parkweg, Oberer Wehrliweg/Pourtalèsstrasse und Unterer Wehrliweg beim Heim Sunnegarte. Dies wären nach seinem Ermessen die kritischen Schulwegquerungen.

Beat Schmitter (FDP) führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe versucht, eine allgemeine Lösung, einen allgemeinen Vorschlag vorzulegen und die entscheidende Frage sei diejenige des Ermessensspielraums. Im Motionstext sei von einem möglichst weiten Ermessensspielraum die Rede. Es werde an der Verwaltung sein festzulegen, wo Fussgängerstreifen aufgrund von Schulhäusern, von Heimen, von Schulwegen und von anderen – in der Verordnung werde der Gummi-Begriff "namentlich" verwendet – rechtlich vertretbar seien. Der Gemeinderat habe dann zu entscheiden, welche Fussgängerstreifen neu aufgemalt werden müssten. Es sei hier der falsche Rahmen, um darüber zu diskutieren, ob man den Streifen Nr. 27 auch machen wolle und dafür den Streifen Nr. 28 nicht. Das Anliegen der Motion sei ganz klar, nämlich den Ermessensspielraum so weit als nur irgendwie denkbar auszuschöpfen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub erklärt in seinem Schlusswort an die Adresse von Beat Schmitter, man habe sich ja nicht einfach von sich aus leiten lassen, sondern habe Fachleute beigezogen. Fachleute wie ein Verantwortlicher der Kantonspolizei, der sich tagtäglich mit der Problematik der Fussgängerstreifen in den 30er-Zonen befasse. Dieser habe ganz klar aufgezeigt, was dies heisse. Man sei sicher gewesen, dass man dessen Ratschläge – zu Gunsten oder zu Ungunsten – folgen und diese umsetzen könne. Man habe dann auch noch Ingenieure mit einer Überprüfung beauftragt; das Resultat sei identisch. Man könne nun sagen, man solle dies alles vergessen, die Bürger würden bestimmen, wo es Fussgängerstreifen brauche und wo nicht. Dann würden wieder Leserbriefe kommen; zur Freude von Fritz Mäder, der seine Zeitung damit füllen könne. Er selber habe weniger Freude, da die Leserbriefe teilweise unter der Gürtellinie seien und vor allem auch falsche Behauptungen in die Welt gesetzt würden, z.B. betreffend den Unfall. Er möchte hören, wer dort dementiere, ob die Schreibende oder jemand anders. Auf der anderen Seite sei es für den Gemeinderat und für die Verwaltung sehr schwierig, überhaupt Lösungen in diesem Segment zu finden; Ermessen gehe immer von weit links nach weit rechts, von weit oben nach weit unten. Er wisse persönlich, was es heisse, einen 5-jährigen Jungen auf dem Fussgängerstreifen zu verlieren und er möchte die Ratsmitglieder wirklich daran erinnern, dass Fussgängerstreifen nicht sicher seien.

Daniel Arn (FDP) führt in seinem Schlusswort aus, bezüglich Ermessensspielraum gebe es zwei Fragen, die man dem Polizisten stellen könne: "Kann ich den Fussgängerstreifen hier entfernen" oder "Kann ich den Fussgängerstreifen hier belassen". Der Ermessensspielraum beinhalte auch das, was man schlussendlich erreichen wolle. Die Meinung sei also die, dass die Frage lauten müsste: "Kann man diesen belassen" und nicht "Kann man diesen entfernen". Klar sei, dass es nirgends eine absolute Sicherheit gebe. Es gebe aber gewisse Sachen, die etwas besser seien als andere.

Beschluss (26 Ja / 7 Nein / 4 Enthaltung)

Die Motion FDP/jf – Fraktion: Fussgängerstreifen bei Schulen und Heimen müssen bleiben wird überwiesen.

## **Mitteilungen**

Die Vorsitzende informiert, sie habe ja ein Postulat betr. Littering in der Gemeinde eingereicht. Sie frage hie und da beim Werkhof nach, ob die Parlamentsmitglieder einmal als gutes Vorbild beim Aufräumen helfen könnten. Es sei also möglich, dass ihrerseits einmal kurzfristig ein diesbezüglicher Aufruf komme. Sie glaube zwar, dass es relativ gut funktioniere mit der Abfallbeseitigung durch die Firma Bigler. Vielleicht werde die Situation Ende dieser Woche dringender, wenn die Schönwetterperiode anhalte.

Die Vorsitzende bedankt sich bei der forum-Fraktion ganz herzlich für das Spenden des heutigen Apéros. Die Fraktionsmitglieder hätten sich dementsprechend bereits in die Roben gestürzt und die erste Gelegenheit genutzt, um für sich Werbung zu machen; dies finde sie sehr gut.

Die Vorsitzende führt aus, die September-Sitzung werde stattfinden. Sie sei etwas ungehalten darüber, habe sie doch bereits vor einem Jahr kommuniziert, dass sie zu diesem Zeitpunkt auf Matura-Reise sei und die Sitzung nicht leiten könne. Sie habe darum gebeten, die Sitzung zu verschieben, sofern sie überhaupt stattfinde, da es nicht ihre Art sei, ein Amt anzunehmen und dann einfach zu verreisen. Dies habe überhaupt nichts damit zu tun, dass sie Walter Thut nicht zutrauen würde, die Sitzung zu leiten; er werde dies bestens machen.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Ruth Raaflaub

Anni Koch